



KETTEN- REAKTION

Wir wollen ein soziales Zukunftskonzept
für die Lausitzer Braunkohleregion

> Seite 3



KOMMUNEN- ENTSCHULDUNG

Unsere Studie
weist den Weg

> Seite 5



KURZ- BILANZ

5 Jahre bündnisgrüne
Oppositionsarbeit

> Seite 8/9



HÖHER. BESSER. GRÜNER.

Dieser Sommer wird heiß. Wir protestieren mit vielen anderen AktivistInnen am 23. August in der Lausitz in einer Menschenkette gegen die Verbrennung fossiler Braunkohle in einem neuen Tagebau Welzow Süd. Gegen die weitere Aufheizung der Atmosphäre stellen wir auch unsere parlamentarischen Initiativen für einen sozial verträglichen Strukturwandel in der Lausitz und für eine klimaneutrale Verwaltung, die sich aus Wind, Sonne und anderen Erneuerbaren versorgt.

Hitzige Debatten haben wir mit unserem aktuellen Gutachten zur Wirtschaftlichkeit des Flughafens BER ausgelöst. Auch die bündnisgrünen Ideen für eine Entschuldung Brandenburger Kommunen und

unsere Studie zum öffentlichen Nahverkehr werden viele brennend interessieren. Abkühlung könnte derweil ein Spaziergang in der Natur, vielleicht entlang einer Schatten spendenden Allee bringen. Seit Kurzem ist unser Fraktionsflur im Landtag selbst eine Art Allee geworden – links und rechts von Baumfotos gesäumt. Kommen Sie doch vorbei!

Mit kühlem Kopf und heißem Herzen wünschen wir gutes brandGRÜNES Geleit bis in den goldenen Herbst mit der Landtagswahl am 14. September.

3 FRAGEN AN...

URSULA NONNEMACHER



Die nächste Landesregierung soll die Empfehlungen der Enquete für zukunftsbeste Verwaltungsstrukturen umsetzen, die eine grüne Handschrift tragen. Wieso haben Sie nun mit Ideen zur Entschuldung der Kommunen nachgelegt?

Die Schulden machen nicht wenige Städte in Brandenburg fast handlungsunfähig. Nach unserem Sondervotum zu Finanzierungsfragen im Enquete-Bericht eröffnen wir mit unserem Gutachten zur Entschuldung der Kommunen die Diskussion. Auch ein Staatsvertrag zwischen Brandenburg und Berlin und die Einführung von Open Data eröffneten den Kommunen mehr Handlungsspielräume, auch finanzielle.

Als Gesundheitspolitikerin haben Sie auf der Landwirtschaftsschau BRALA gegen Massentierhaltung protestiert.

Wie wir unsere Nutztiere behandeln, im doppelten Sinne, wirkt sich auf das Tierwohl und die Umwelt, aber auch auf unsere Gesundheit aus. Der massenhafte, oft ungezielte Antibiotika-Einsatz führt zu Resistenzbildung und erschwert das Heilen bestimmter Krankheiten beim Menschen. Eine bündnisgrüne Untersuchung förderte in jeder 6. Fleisch- bzw. Wurstprobe krankheitserregende Keime zutage. Wir müssen weg von der Massentierhaltung hin zu einer modernen baulichen Landwirtschaft.

Was steht in dieser Legislatur noch auf dem Plan?

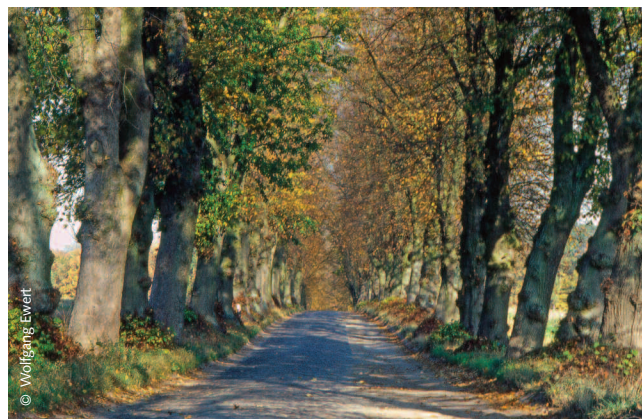
Unsere Fraktion unterstützt den Protest in der Lausitz gegen den neuen Tagebau Welzow Süd, z.B. die Menschenkette am 23.8., und ist u. a. bei der Agrarwende-Demo am 30.8. in Potsdam dabei. Auch wenn die letzte Landtagssitzung hinter uns liegt, stehen Themen wie ein humaner Umgang mit Flüchtlingen, mehr Mitbestimmung und Transparenz in der Politik und eine qualitativ bessere Bildung jeden Tag auf unserem Programm.

Ursula Nonnemacher ist Sprecherin für Innen-, Gesundheits-, Sozial- und Frauenpolitik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

NACH DEM SPARGEL IST VOR DEM SPARGEL

Auch wir lieben Spargel. Doch der erntefrische, märkische Edelgemüsegenuss ist getrübt. Vielerorts sind die Spargelfelder großflächig ein halbes Jahr lang mit Folie überzogen. Das stört zunehmend die AnwohnerInnen, aber auch das Landschaftsbild und die Tier- und Pflanzenwelt. Im Europäischen Vogelschutzgebiet Mittlere Havelniederung sollen dadurch innerhalb eines Jahrzehnts 15 gefährdete Arten verschwunden sein. Wir wollen von der Landesregierung wissen, wie sie mit den Auswirkungen des Spargelanbaus unter Folie in Schutzgebieten umgeht.

www.gruenlink.de/rz3



ERFRISCHT DURCH GRÜNE FRAKTIONSALLEE

Erst lässt der Landtag die von unserer Fraktion unterstützte Volksinitiative „Rettet Brandenburgs Alleen“ 2010 durchfallen. Dann sägt Rot-Rot gar am selbst gesteckten Ziel, jedes Jahr 5.000 Bäume nachzupflanzen; die Finanzierung künftiger Nachpflanzungen ist weiter ungeklärt. Wir machen aus Liebe zu den Bäumen unseren Fraktionsflur selbst zur Allee – und stellen schöne Fotos des Emstaler Bildjournalisten Wolfgang Ewert zum Thema aus. Kommen Sie und schlendern Sie mit uns hindurch!

www.gruenlink.de/ryc



MENSCHEN KETTEN RETTEN

Mit heute 85 Arbeitsplätzen ist Hagen Rösch aus Proschim kein unbedeutender Arbeitgeber in der Tagebau-Region. Doch solche mittelständischen Unternehmen wie Röschs Firma blendet die Landesregierung aus, wenn sie von der wirtschaftlichen Bedeutung der Lausitz spricht. Im Gegenteil: An den Tagebau Welzow-Süd I verlor Röschs Firmenverbund bereits viel Ackerland und ganze Geschäftszweige mit 200 Arbeitsplätzen. Das rot-rote Ja zu Welzow-Süd II bedroht nun die Existenz des Unternehmens, das neben Landwirtschaft auch in erneuerbare Energien investiert. Das große Biogaskraftwerk und die Solarkraftwerke sollen für die Braunkohle wieder abgerissen werden. Röschs Firma klagt gegen den Tagebau.

Energiepolitische Geisterfahrt

Wie ein Mantra beschwört Rot-Rot die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle. Auf unsere Große Anfrage hin räumt sie aber ein, dass ihr gar keine be-

lastbaren amtlichen Daten – weder zur Bruttowertschöpfung noch zu Steuereinnahmen oder Beschäftigungseffekten – vorliegen. Ein neuer Tagebau, für den 800 Menschen ihre Heimat verlieren, wird mit dünner Datenbasis aus einer Studie des auch für Vattenfall tätigen Beratungsunternehmens Prognos begründet. Das stuft im Übrigen den Landkreis Spree-Neiße in seinem aktuellen „Zukunftsatlas“ auf Platz 394 (von 402) ein!

23. August: Anti-Kohle-Kette

4.262 Arbeitsplätze gab es laut Landesregierung 2012 in Brandenburg im Bereich „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“. 10.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze sollen von der Braunkohle abhängen – die immer wieder kursierende Fantaziezahl von bis zu 30.000 Jobs wird nicht belegt. Dagegen offenbaren selbst die dünnen Antworten, dass die Hälfte der direkten und indirekten Arbeitsplätze bis 2030 einbrechen wird. Die Betriebsdauer des Kraftwerks Jänschwalde endet abseh-

bar und der Tagebau Welzow ist spätestens 2030 ausgekohlt: Der schrittweise und sozial verträgliche Ausstieg aus der Braunkohle steht an.

Auch Gutachten des Bundes- und des Brandenburger Umweltministeriums sehen die Braunkohle im Sinkflug. Wir fordern die Landesregierung auf, für den Ausstieg aus der Braunkohleförderung bis 2030 mit Unternehmen, Gewerkschaften und gesellschaftlichen AkteurInnen ein „Zukunftskonzept Lausitzer Braunkohle-region“ innerhalb eines Jahres zu erarbeiten. Für eine Zukunft ohne Braunkohle wird eine Menschenkette am 23. August in der Lausitz 2 vom Abbau bedrohte Dörfer verbinden: Grabice in Polen und Kerkwitz in Deutschland.

*Axel Vogel,
Fraktionsvorsitzender*

*Sabine Niels,
Bergrechtspolitische
Sprecherin*

www.gruenlink.de/rv2

BIS 2040 KLIMANEUTRAL

Unsere Forderung, dass sich Regierung und Verwaltung in Brandenburg zu 100 Prozent mit Ökostrom versorgen, ist seit 2014 umgesetzt. Jetzt beantragen wir, dass die Landesverwaltung bis 2040 gänzlich klimaneutral arbeitet. Das schließt Strom und Wärme, aber auch beispielsweise den Fuhrpark und andere mobilitätsbedingte Emissionen ein. Der Landesrechnungshof kritisierte 2009 und 2013 die Energieverschwendung in den Landesliegenschaften und sah ein Einsparpotenzial von jährlich 1,8 Millionen Euro.



Laut einem Sanierungsfahrplan soll der Gebäudeenergieverbrauch um 23 Prozent und der Ausstoß von Treibhausgasen aus der Energieversorgung der Landesbehörden um 72 Prozent bis 2030 gesenkt werden. Doch wie unsere Kleine Anfrage ergab, geht es nur langsam voran. Wir fordern die Landesregierung auf, ihrer Vorbildrolle gerecht zu werden und bis Ende 2015 ein Konzept für die klimaneutrale Verwaltung mit 5-Jahres-Zwischenzielen vorzulegen.

*Michael Jungclaus,
Energiepolitischer Sprecher*

WIR HABEN ES SATT

In jedem 6. Wurst- oder Fleischstück stecken antibiotikaresistente ESBL-Keime. Das ergab eine 63 Stichproben umfassende, bundesweite Untersuchung der bündnisgrünen Bundestagsfraktion. 2 „positive“ Proben kamen aus Potsdam. Das Ergebnis ist erschreckend – angesichts der 1.600 Tonnen Antibiotika, die jährlich in der Tiermedizin wie mit der Gießkanne verabreicht werden, aber nicht überaschend.

Gegen die tierquälerische, umwelt- und gesundheitsgefährdende Praxis der industriellen Massentierhaltung wehren sich immer mehr Menschen. In nur 3 Monaten hat die Volksinitiative „Stoppt Massentierhaltung“ schon fast drei Viertel der angestrebten 25.000 Unterschriften gesammelt. Nach dem Aktionswochenende gegen

den Megastall in Haßleben Ende Juni zieht am 30. August durch Potsdam eine Demonstration unter dem Motto „Wir haben es satt“.

Ungeachtet der wachsenden Proteste und Gefahren durch die Massentierhaltung fördert Rot-Rot weiter den steten Zubau von Tierhaltungsanlagen. Der Zuschuss über die Landesinvestitionsbank beträgt 25 bis 35, z. T. bis 45 Prozent – bis zu einem förderfähigen Investitionsvolumen von 2 Millionen Euro. Wir wollen von der Landesregierung wissen, wo sie welche Anlagen in den letzten 5 Jahren gefördert hat und welche neuen Arbeitsplätze dadurch entstanden sind. Unsere Fraktion



fragt, an welche Anforderungen für den Tier- und Umweltschutz die Unterstützung geknüpft ist und welche Änderungen an den Förderrichtlinien für die neue Förderperiode insbesondere im Bereich Tier- und Umweltschutz konkret geplant sind.

*Ursula Nonnemacher,
Gesundheitspolitische Sprecherin
Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender*

www.gruenlink.de/pre

GUTACHTEN ZUR ENTSCULDUNG VON KOMMUNEN

STADT, LAND, SCHULDEN?

Über 80 Prozent der Brandenburger Kommunen sind verschuldet. Die Außenstände betrugen im Jahr 2012 über 2 Milliarden Euro. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich die Situation etwas verbessert; so liegen beispielsweise die Kassenkrediten unter dem Bundesdurchschnitt. Dennoch: Die Lage ist ernst. Im Vergleich zu Sachsen ist die durchschnittliche kommunale Verschuldung in Brandenburg deutlich höher. Besonders eng ist es bei den kreisfreien Städten Cottbus, Brandenburg und Frankfurt (Oder) sowie einigen berlinfernen Gemeinden und Kreisen. Die dort seit Jahren steigenden Kassenkredite haben sich nun auch zu einem Problem der Landesebene entwickelt. Die Regierung hat jedoch keine Antwort. Dabei kann das Land gegen die Schuldenprobleme dieser Kommunen selbst aktiv werden und gleichzeitig diese Unterstützung mit einer Reform der Kommunal- und Landesverwaltung verbinden. Das geht aus einem durch uns beauftragten Gutachten von Professor Lars Holtkamp hervor.

Analyse liefert Lösungen

Das Gutachten schlägt eine Anschubfinanzierung im Rahmen einer Verwaltungsstrukturreform, ein Entschuldungsfonds und ein öffentliches Frühwarnsystems zur Bewertung der kommunalen Haushaltslage vor. Weiterhin wird auch ein „BürgerInnenhaushalt“ empfohlen, der auf Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltssituation und auf die Einbeziehung der BürgerInnen vor Ort fokussiert. Diese Instrumente leiten die Gutachter her aus einer Analyse der Ursachen hiesiger kommunaler Haushaltsdefizite. Weiterhin haben sie untersucht, was andere Bundesländer unternommen haben, um ihre Kommunen zu entschulden.

Entschuldung sichert kommunale Selbstverwaltung

Das Fazit: Haushaltskonsolidierung geht nicht ohne Entscheidungen zu Steuer- und Gebührenerhöhungen oder Abstrichen beim Leistungsangebot einer Kommune. Das Nothaushaltsrecht aller-



© MAK - Fotolia.com

dings dauerhaft zu bemühen, ist kein guter Rat. Das zeigt der Fall der hoch verschuldeten Stadt Nideggen in Nordrhein-Westfalen. Dort wurde der Stadtrat entmachtet und ein Staatskommissar eingesetzt, der alle haushaltsrelevanten Entscheidungen selbst traf. Die gewählten VertreterInnen waren nur noch StatistInnen. Um solche Eskalationen zu verhindern, muss das Land mit der „kommunalen Familie“ schnell handeln und sich auch selbst finanziell stärker engagieren. Haushaltskonsolidierung ist nicht Selbstzweck, sondern Voraussetzung für eine dauerhaft sichere kommunale Selbstverwaltung.

*Ursula Nonnemacher,
Kommunalpolitische Sprecherin*

www.gruenlink.de/rmp

IM PORTRAIT

KATHARINA STRAUSS: AM LIEBSTEN ABWECHSLUNG

Wer noch nicht weiß, was im Februar 2015 auf dem Plan steht, ist nicht so ein großer Berlinale-Fan wie Katharina Strauß. Im Kalender hat sie das Filmfestival schon dick markiert und freut sich auf internationales Kino satt. Auch sonst ist Katharinas Kalender gut gefüllt – sie ist viel unterwegs, im Theater, auf Lesungen oder in Ausstellungen in Potsdam und Umgebung. Potsdam ist auch durch sein kulturelles Angebot ihr Lieblingswohntort. Mehr Stadt als Falkensee, wo sie aufgewachsen ist, aber immer noch Brandenburg und damit Heimat.

Systematik im Trubel

Ihre Begeisterungsfähigkeit zeigt sich auch in ihrem Job für die Fraktion als Justiziarin und Referentin für Recht, Inneres und Petitionen. „Die Vielseitigkeit macht den Reiz der Stelle aus“, so die Mittdreißigerin. Im trubeligen Fraktionsalltag hilft ihr die eigene systematische Arbeitsweise. Was sie an ihrem Jurastudium gereizt hatte – Klarheit und Struktur – bringt sie nun selbst ein, wenn sie Anträge schreibt, Positionen erarbeitet und für viele recht- und nicht-rechtlichen Fragen da ist. Derzeit kümmert sich Katharina vor allem um die Themen Abschiebehaft, Verwaltungsmodernisierung, Jugendarrest, Informationsfreiheit und Polizeirecht.

Die Themen überschneiden sich mit Inhalten ihres Studiums der Rechtswissenschaften an der Universität Potsdam sowie der Verwaltungswissenschaften an den Hochschulen in Leiden und Speyer. Damals war ihr bereits klar, dass sie im Bereich Politik und Verwaltung einsteigen würde – ein Betätigungsfeld, das sie nun schon aus einigen Perspektiven kennt. Nach dem Studium arbeitete sie im Wissenschaftsministerium, danach als Referentin für den Innenausschuss des Landtages. So erlebte sie den Parlamentsbetrieb auf der administrativen Ebene.

Frischer Wind im Parlament

2009 lernte sie die Bündnisgrünen in Aktion kennen und schätzen, nachdem diese in den Landtag eingezogen waren. „Auf einmal herrschte ein frischer Wind im Parlament“, erinnert sie sich. Katharinas Einstellung zu Ernährung oder Ressourcenschutz deckten sich schon lange mit typisch grünen Werten, doch das Auftreten der Abgeordneten brachte den Ausschlag. Als eine Stelle ausgeschrieben wurde,



bewarb sie sich und ist seit 2010 mit dabei. Jetzt, zum Ende der Legislaturperiode, verlässt sie die Fraktion und wechselt zum Landesrechnungshof. Ihr Mandat der Potsdamer Stadtverordneten, das sie seit Mai 2014 inne hat, muss sie dafür leider aufgeben, weil MitarbeiterInnen des Landesrechnungshofes nicht gleichzeitig einer kommunalen Vertretung angehören dürfen. Nicht nur die bündnisgrüne Landtagsfraktion, auch die kommunale Ebene muss auf Katharina künftig verzichten – ein doppelter Verlust. Die Fraktion sagt: Danke.

Alena Müller

WEITER WEG

Da beißt sich doch die Katze in den Schwanz: Als wir 2013 eine Open-Data-Strategie forderten, wiegelte Rot-Rot dies mit Verweis auf das neue, zu beschließende Akteneinsichtsgesetz ab. In diesem rot-roten Gesetz dann, dem Fachleute wie auch wir ein vernichtendes Urteil ausstellen, fiel Open Data aber wieder unter den Tisch. SPD und Linke versuchten dann mit der Abforderung eines Regierungsberichts zum Stand von Open Data in Brandenburg die Flucht nach vorn. Doch das jüngst vorgelegte Papier macht genauso ratlos wie das zuvor verabschiedete Gesetz. Nun heißt es, die Regierung müsse für Open Data erst

gesetzliche Regelungen schaffen. Dazu hätte Rot-Rot doch mit einem Informationsfreiheitsgesetz Gelegenheit gehabt!

Bei Open Data veröffentlichen Behörden von sich aus und möglichst in Echtzeit die mit Steuergeldern erhobenen Daten von allgemeinem Interesse zur freien Nutzung und Verarbeitung. Die EU-Kommission schätzt das wirtschaftliche Potenzial von



solch frei nutzbaren Daten europaweit auf jährlich 40 Milliarden Euro.

Dem Thema Open Data hatte sich unser Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz von 2013 bereits geöffnet – und erhielt im Gegensatz zum rot-roten Gesetz viel Lob von ExpertInnen. Auf unserem Fachgespräch im Mai diskutierten Fachleute, RegierungsvertreterInnen und Interessierte durchaus kontrovers – einige waren sich aber alle, dass dieses Jahr wegen der Landtagswahl nichts mehr passiert. Ein ziemlich durchsichtiges Spiel, aber mitnichten offen und transparent.

*Ursula Nonnemacher,
Innenpolitische Sprecherin*

www.gruenlink.de/ryd

UND SIE BEWEGT SICH DOCH

Nur ein Beispiel: Um rund 8 Millionen Euro könnten die BrandenburgerInnen im Berliner Umland allein bei der privaten Wasserentsorgung entlastet werden – Gewerbebetriebe gar um den doppelten bis dreifachen Betrag. Notwendig dafür ist ein Staatsvertrag über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Berlin. Dieser würde auch bei der Trinkwasserversorgung, im ÖPNV, der Müllentsorgung oder der Entwicklung gemeinsamer Gewerbegebiete Steuer- bzw. Gebührententlastungen bringen, den Handlungsspielraum der Kommunen er-

weitern und bürokratische Prozeduren verringern. Im direkten Berliner Umland leben auf 10 Prozent der Landesfläche 36 Prozent der Brandenburger Bevölkerung. Zwischen beiden Ländern gibt es unzählige funktionale Verbindungen und Abhängigkeiten. Um die derzeit stockende Kooperation zu erleichtern und wieder anzukurbeln, schlägt unsere Fraktion einen Staatsvertrag mit Berlin vor.

Obwohl mit den anderen Nachbarn, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, schon seit über 10 Jahren solche Verträge bestehen, wurde unser

Antrag abgelehnt. Doch ganz konnte sich Rot-Rot wohl den Argumenten nicht entziehen und hat zumindest einen ersten Passus zur grenzüberschreitenden kommunalen Zusammenarbeit mit Berlin in das aktuelle Gesetz zur kommunalen Zusammenarbeit innerhalb Brandenburgs aufgenommen. So kommt wenigstens Bewegung in die Sache.

*Ursula Nonnemacher,
Kommunalpolitische Sprecherin*

www.gruenlink.de/rye

UNSERE BILANZ: BRANDENBURG IST

Nach 15 Jahren außerparlamentarischer Opposition ist Bündnis 90/Die Grünen vor 5 Jahren mit 5 Abgeordneten in den Landtag eingezogen. Als kleinste Oppositionsfraktion haben wir im Landtag vorher missachtete Themen gesetzt und kontrovers diskutiert, die Regierungsarbeit kritisch unter die Lupe genommen und konstruktiv Initiativen eingebracht bzw. unterstützt. Unser Ziel: Das Land ökologisch modernisieren, Bildungschancen verbessern, Demokratie und BürgerInnen-rechte stärken.

ÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNG

Keine neuen Tagebaue

- Wir belegten: Ein neuer Tagebau Welzow Süd verschlechtert die Klimabilanz, ist rechtlich fragwürdig, wirtschaftlich nicht notwendig und mit der Umsiedlung von 800 Menschen sozial unverantwortlich.
- An der Seite der Betroffenen: Wir forderten eine unabhängige Schiedsstelle und die Beweislastumkehr bei Bergschäden.
- Braune Spree: Unser Antrag verpflichtete Rot-Rot, mehr gegen die Verockerung der Spree zu unternehmen.

100 Prozent Erneuerbar

- Wir setzten durch, dass die Landesverwaltung Ökostrom bezieht.
- Unsere Studie zeigte, dass sich Brandenburg und Berlin zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien versorgen können: bei Strom ab 2030, im Wärmebereich 2050.

- Wir forderten ein faires, bundesweit einheitliches Netzentgelt, das die hohen Strompreise in Brandenburg wesentlich senken würde.

- Wir brachten ein Anti-CCS-Gesetz und ein Klimaschutzgesetz ein – Rot-Rot ist noch nicht so weit.

Natur, Umwelt, Landwirtschaft

- Auf unsere Initiative hin legte Rot-Rot ein Maßnahmenprogramm zur biologischen Vielfalt vor. Wir forderten, den Flächenverbrauch von täglich 8 Fußballfeldern im Land zu reduzieren.
- Unsere Fraktion verbannte Agro-Genetik und brachte Rot-Rot dazu, sich nun gegen Genmais 1507 zu wehren.

- Wir prangerten industrielle Massentierhaltung und den dort üblichen massiven, gesundheits- wie umweltgefährdenden Antibiotikaeinsatz an.

- Erfolgreicher grüner Druck: Die von Rot-Rot in Brandenburg gestrichene Ökoanbauförderung wurde wieder möglich.

- Wir wiesen gefährliche Pestizide in Gewässerproben nach und forderten mehr Kontrollen und eine naturschonendere Landwirtschaft.

- Wir thematisierten im Landtag Landgrabbing, stärkten ortsansässige LandwirtInnen und Neusiedler-ErbInnen.

Wirtschaft und Verkehr

- Der Flughafen BER ist mit einem Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr wirtschaftlich zu betreiben, stellte unser Gutachter unter Beweis. Für die Gesundheit der AnwohnerInnen bestanden wir auf umfassenden Lärm- und Schallschutz.

- Das ÖPNV-Gutachten der Fraktion ist ein Fahrplan für steigende Fahrgastzahlen und sinkende CO₂-Emissionen im Verkehr.

- Unsere Studie weist den Weg aus der kommunalen Verschuldung. Grüne Anträge im Parlament stellten belastete Kommunen bereits finanziell besser, u. a. beim Jugendhilfelastenausgleich.

Eine ausführlichere Bilanz der Legislaturperiode ist unsere Broschüre „Grün ist ein Gewinn“ – zu lesen und zu bestellen unter gruenlink.de/q1w



GRÜNER GEWORDEN



Unsere MdL: Sabine Niels, Marie Luise von Halem, Ursula Nonnemacher, Axel Vogel, Michael Jungclaus, Christoph Schulze (seit 5/2013) - v. l. n. r.

BILDUNG

Kita und Inklusion

- Wir forderten mehr Kita-Personal sowie ausreichend Leitungsfreistellung und Fortbildungen für die ErzieherInnen. Unsere Vorschläge zur Kita-Qualität und eine erfolgreiche Inklusion werden überall im Land diskutiert.

Schule

- Jahr für Jahr konfrontierten wir Rot-Rot mit dem realen Lehrkräftebedarf. Unsere LandlehrerInnen-Studie zeigte Wege, wie gutes Lernen im ländlichen Raum abgesichert werden kann.
- Die im Landtag abgelehnten Anträge zur besseren Ausstattung der Musik- und Kunstschulen decken sich mit den Forderungen der nun angelaufenen Volksinitiative „Musische Bildung jetzt“.

Wissenschaft und Lehre

- Wir wollten mehr Mittel für Brandenburgs finanziell schlecht ausgestattete Hochschulen. Unsere Forderungen für mehr Mitsprache und bessere Arbeitsbedingungen sind zumindest teilweise ins Hochschulgesetz eingeflossen.

DEMOKRATIE UND BÜRGERINNENRECHTE

Direkte Demokratie

- Wir setzten durch, dass die Ausschüsse für alle öffentlich tagen und die Abgeordneten auf frühere Stasi-Verstrickungen überprüft werden.
- Die von uns initiierte Enquete-Kommission zur DDR-Aufarbeitung sorgte für kontroverse Debatten und am Ende für konstruktive Vorschläge.

- Wir setzten die Hürden bei Volksabstimmungen mit herab und ermöglichten damit das erste erfolgreiche Volksbegehren in Brandenburg für ein BER-Nachtflugverbot.

- Deutlich grüne Handschrift tragen die Ergebnisse der Enquete 5/2 für zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen, die in der Verfassung verankerte Antirassismusklausel und die Initiative zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Transparenz

- Unser Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz eröffnete allen einen besseren Zugang zu mit Steuergeldern erhobenen Daten – für Rot-Rot bleibt Open Data aber ein rotes Tuch. Mehr Transparenz wollten wir auch für Lobbyarbeit und Nebeneinkünfte in Regierung und Verwaltung, bei ausscheidenden MinisterInnen und bei den IHKs.

BürgerInnenrechte und Gleichstellung

- Mit grünen Initiativen verbesserten wir die Situation von Flüchtlingen im Land, z. B. bei der Unterbringung.
- Wir beantragten, die erfolgreiche Zertifizierung von Landeseinrichtungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auszuweiten.
- Wir forderten Wahlfreiheit ab der Geburt: Werdende Mütter sollen flächendeckend auf frei berufliche Hebammen zurückgreifen und damit Ort und Art der Geburt (mit)bestimmen können.

BER: OHNE AUSSICHT AUF ERFOLG

Das Projekt BER ist längst aus dem Ruder gelaufen. Wann der Flughafen fertig wird, ist unklar. Die Investitionskosten übersteigen die Prognosen – derzeit rechnen Experten mit mindestens 5,4 Milliarden Euro bis zur Fertigstellung. Diese im Vergleich mit anderen Flughäfen deutlich höhere Summe führt dazu, dass der BER niemals gewinnbringend betrieben werden kann. Das geht aus einer Studie der TU Chemnitz hervor, die von den bündnisgrünen Fraktionen im Brandenburger Landtag, im Abgeordnetenhaus von Berlin und im Bundestag in Auftrag gegeben wurde. Die Expertise zeigt, dass der BER im Verlauf einer Betriebszeit von 25 Jahren das anfänglich investierte Kapital nicht erwirtschaften wird. Der Flughafen wird also auf Verschleiß betrieben und die SteuerzahlerInnen müssen am Ende der Nutzungsdauer dessen Erneuerung wieder finanzieren.

Wirtschaftlichkeit gefährdet

Öffentlich werden derzeit Forderungen nach einem ausgeweiteten Nachtflug erhoben und Überlegungen für eine 3. Landebahn laut. Das Chemnitzer Gutachten hat diese Vorschläge untersucht und kommt zu einem eindeutigen Fazit: Größer, länger geöffnet, internationaler – alle diese Maßnahmen tragen nicht dazu bei, die Wirtschaftlichkeit des Airports oder die Prosperität der Region zu verbessern. Ganz im Gegenteil lässt sich der finanzielle Schaden für den öffentlichen Haushalt nur

eindämmen, wenn der BER als Flughafen für das regionale Verkehrsaufkommen fertiggestellt wird – so wie ursprünglich vorgesehen.

Realistisch: Regionale Ausrichtung

Der Flughafen soll demnach am vorhandenen Standort so wie geplant fertiggestellt werden. Erweiterungen sind am Standort nicht möglich, allenfalls ist die Nutzung des Terminals Schönefeld-Alt denkbar, um zusätzliche Abfertigungskapazitäten bereitzustellen. Wichtig ist, dass die Einnahmen des Flughafens mindestens die laufenden Betriebskosten decken. Dazu müssen sie jedoch um 50 Prozent gegenüber dem aktuellen Stand der Berliner Flughäfen gesteigert werden. Die enge Zusammenarbeit mit anderen ostdeutschen Flughäfen und mehr Verkehr auf der Schiene machen eine 3. Startbahn und

weitere Erweiterungsbauten entbehrlich. Ein geplanter Nachtflug zwischen 22 und 6 Uhr am Standort Schönefeld bringt Lärmbelastung aber keine betriebs- und volkswirtschaftlichen Vorteile. Das Gutachten schließt nicht aus, dass der Panneflughafen zum Dauersubventionsfall für die öffentlichen Haushalte wird. Ziel muss es sein, durch die geeignete Gestaltung der Fluggebühren die absehbaren Zuschüsse aus den öffentlichen Haushalten zu minimieren.

*Axel Vogel,
Fraktionsvorsitzender*

www.gruenlink.de/rpi

Auf der Fraktions-Flughafenkonferenz im Juni 2014: Unsere Abgeordneten Axel Vogel, Christoph Schulze, Annalena Baerbock (MdB), Ursula Nonnemacher (v. r. n. l.).



UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS ZUR BBG- UND IMMOBILIENAFFÄRE

SCHLUSSAKT IM FALL KRAMPNITZ

Wie viel Zeit ist angemessen, um die Arbeit eines Ausschusses zu bewerten, der dreieinhalb Jahre untersucht hat, ob landeseigene Immobilien unter Wert verkauft wurden? Auf Druck von Rot-Rot erhielt die bündnisgrüne Fraktion lediglich die Mindestredezeit von 5 Minuten, um im Plenum zum Abschlussbericht des sogenannten Krampnitz-Ausschusses vorzutragen. So war wenig Raum, auf das mit der CDU-Fraktion veröffentlichte Sondervotum hinzuweisen. Die geringe Redezeit – zwar satzungsmäßig zulässig, aber der guten Praxis im Parlamentsbetrieb unwürdig – bildet den Schlusspunkt einer Reihe von Blockaden, mit denen die Regierungsfractionen den Ausschuss behinderten.

Ausschuss zeigt Wirkung

Dennoch: Der Untersuchungsausschuss hat Wirkung erzielt, seine Arbeit hat sich mehrfach ausgezahlt. Schon kurz nach Beginn des Ausschusses verschärfte das Finanzministerium die Regeln für den Verkauf ehemaliger Militärflächen. Inzwischen wird auch der Landtag besser eingebunden. Seit 2010 untersuchte das Gremium mögliche Versäumnissen und Fehler der Regierung bei Verkäufen landeseigener Grundstücke und landeseigener Unternehmen. Damit ist die Brandenburgische Bodengesellschaft mbH (BBG) betraut, die 2006 selbst für nur 640.000 Euro, einem Bruchteil ihres eigentlichen Wertes,

privatisiert wurde. Von den rund 200 Grundstücksveräußerungen der BBG hat der Ausschuss 3 Verkaufsvorgänge exemplarisch untersucht – die Veräußerung der Militärfläche in Krampnitz sowie zweier Gelände in Bad Saarow und am ehemaligen Flughafen Oranienburg. Mindestens bei diesen 3 Vorgängen ist von einem Schaden für das Land auszugehen. Die Höhe steht nicht fest, da der Ausschuss kein Sachverständigengutachten in Auftrag gegeben hatte. Für den Verkauf in Bad Saarow lässt sich der Schaden beziffern. Es sind über 250.000 Euro.

Staatsanwaltschaft ermittelt

Durch den Untersuchungsausschuss konnte die organisierte Verantwortungslosigkeit bei der Verwertung von Landesliegen-

schaften beendet werden. Der Verkauf der Militärliegenschaft Krampnitz wurde rückgängig gemacht. Die Stadt Potsdam kann das Gelände nun entwickeln. Die Gebäude sind in der Zwischenzeit aber weiter verfallen, womit ihr Wert deutlich gesunken ist. Zu den dubiosen Verkäufen von Liegenschaften in Bad Saarow und Oranienburg ermittelt die Staatsanwaltschaft. In Oranienburg geht es um mehrere Millionen Euro. Ohne den Ausschuss wären Ermittlungen in dieser Form nicht eingeleitet worden.

Axel Vogel,
Fraktionsvorsitzender

www.gruenlink.de/rpw

Gebäude auf dem Krampnitz-Gelände



VERSIEGELT UND VERBRAUCHT

Ein neues Wohngebiet auf der grünen Wiese oder die Verbreiterung der Umgehungsstraße – Siedlungs- und Verkehrsprojekte wie diese haben zwischen 2008 und 2012 in Brandenburg täglich durchschnittlich 6 Hektar Land in Anspruch genommen. Diese Fläche entspricht der Größe von 8 Fußballfeldern. Pro Jahr werden 2.190 Hektar umgenutzt, verändert, überbaut oder zerstört – das entspricht der Größe der Stadt Teltow. Die erschreckenden Zahlen gehen aus einer aktuellen Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage hervor, die die bündnisgrüne Fraktion im März gestellt hatte. Die Antwort zeigt auch: Das zuständige Umweltministerium hat keine Lösungen, um zu verhindern, dass Verdichtung, Entwässerung, Nähr- und Schadstoffeinträge sowie Erosion unsere Böden weiter-



hin schädigen. Brandenburg hat der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes zugestimmt. Hieraus ergibt sich für Brandenburg, dass sich der hiesige Flächenverbrauch bis 2020 auf 1,3 Hektar am Tag

reduzieren müsste, um das bundesdeutsche Ziel zu erreichen. Doch der unlängst fertiggestellten Nachhaltigkeitsstrategie fehlt ein solches Ziel. In der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage heißt es dazu, das Land habe sich „nicht festgelegt“. Die Rückmeldung zeigt, dass die Regierung wenig Interesse und keine Strategie hat. Aufgrund fehlender Daten bleiben außerdem viele Fragen offen. Deshalb empfehlen wir eine Diskussion über verstärkte Flächenentsiegelungen, um angesichts rückläufiger EinwohnerInnenzahlen einen Netto-Null-Verbrauch zu erzielen.

*Michael Jungclaus,
Umweltpolitischer Sprecher*

www.gruenlink.de/rv0

VEREINZELT UND VERLOREN

Smaragdeidechse, Kiebitz oder Acker-Schwarzkümmel – wer ein Exemplar dieser Arten bei einer Wanderung durch die Mark entdeckt, schätzt sich glücklich. Denn diese Tiere und Pflanzen führen die Liste bedrohter Arten an. Zu ihrem Schutz und dem Erhalt der biologischen Vielfalt insgesamt hat das Umweltministerium vor kurzem ein Maßnahmenprogramm vorgestellt. Damit ist endlich ein erster wichtiger Schritt getan, der allerdings weit hinter der von unserer Fraktion geforderten Biodiversitätsstrategie

zurückbleibt. Gleichzeitig ist völlig unklar, wie die Regierung die Maßnahmen finanziell ausstatten will. Effektives Handeln ist allerdings angesichts der Lage dringend erforderlich: Jede 10. Art ist in Brandenburg vom Aussterben bedroht, 75 Prozent aller Biotope sind gefährdet. Die Intensivierung der Landwirtschaft und der Verlust von Brachflächen haben sich deutlich negativ auf viele Arten der Agrarlandschaft ausgewirkt, von bodenbrütenden Vögeln bis hin zum Verlust von Wildkräutern. In der Forstwirtschaft prägen vielerorts

artenarme Kiefernforste unsere Landschaften, wo ursprünglich Laubwälder anzutreffen waren. Die Landesregierung muss nun mit Förderprogrammen und im Rahmen des Vertragsnaturschutzes die richtigen Anreize setzen, um Landnutzerinnen und Landnutzer verstärkt von umweltschonenderen Nutzungsformen zu überzeugen.

*Michael Jungclaus,
Umweltpolitischer Sprecher*

MOBILITÄT AUS EINEM GUSS

Im Jahr 2013 beförderten Bahn und Bus rund 3,6 Millionen Menschen täglich in Berlin und Brandenburg. Damit sich der brandenburgische Anteil bis 2030 deutlich steigert, muss sich das Angebot noch stärker an den Bedürfnissen der Fahrgäste orientieren. Wie das gelingen kann, ist Ergebnis eines Gutachtens der MobilitätsplanerInnen von „teamred“, das die bündnisgrüne Fraktion beauftragt hat. Ausgangspunkt ist eine detaillierte Untersuchung der aktuellen Situation im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie der vorhandenen Mobilitätspotenziale, aus denen sich Maßnahmen ableiten lassen, wie vor allem Bus und Bahn mehr Fahr-

gäste befördern können. So kann die Klimabilanz des Verkehrssektors verbessert werden. Diese zeigt seit 10 Jahren keinen Abwärtstrend. 2011 beliefen sich die Treibhausgasemissionen des Verkehrssektors in Brandenburg auf über 5 Millionen Tonnen.

Ganzheitliches Verkehrskonzept

Eine Schlüsselfunktion nimmt der Verkehrsverbund Berlin Brandenburg (VBB) ein. Unser Vorschlag ist es, ihn zu einem Mobilitätsverbund weiterzuentwickeln, der alle Mobilitätsangebote – von Bahn & Bus über Carsharing bis hin zu Leihfahrrädern und Anrufsammeltaxis – zentral steuert.

Wesentlicher Baustein soll eine Mobilitätszentrale sein, die rund um die Uhr erreichbar ist und alle Mobilitätsangebote bündelt. Mit einer einzigen Abfrage sollen sich KundInnen schnell und einfach darüber informieren können, wie sie von A nach B kommen und welche alternativen Angebote sie nutzen können. Die Präsenz des VBB in der Fläche muss hierfür deutlich ausgebaut werden.

Angebote ausweiten

Gleichzeitig braucht Brandenburg eine Erweiterung des ÖPNV-Angebotes. Zum einen sollen die tangential zu Berlin bzw. Potsdam verlaufenden Bahntrassen gestärkt werden. Zum anderen sind mehr Expressbuslinien nötig, besonders auf Routen, die bisher vom Autoverkehr geprägt sind. Busse sollen verstärkt verschiedene Bahnstrecken oder zentrale Umsteigepunkte miteinander verbinden. Insgesamt ist ein Landesmobilitätsplan erforderlich, der den Verkehr auf Schienen, Straßen sowie Rad- und Fußwegen in Einem denkt. Um z.B. zu verhindern, dass parallel zu einer Bahntrasse zusätzlich auch der Ausbau einer Straße finanziell gefördert wird, braucht Brandenburg ein Mobilitätskonzept aus einem Guss.

*Michael Jungclaus,
Verkehrspolitischer Sprecher*



www.gruenlink.de/rro

INTERVIEW

„GRENZGÄNGER GEHÖREN ZUR GESELLSCHAFT“

Die Haasenburg-Heime in Brandenburg sind geschlossen, das Kapitel Haasenburg ist es aber nicht. Das zuständige Bildungsministerium (MBJS) ist eine Antwort schuldig: Welche Lehren sind aus den Vorkommnissen in den Haasenburg-Heimen zu ziehen? Wie gehen wir mit Kindern und Jugendlichen mit schweren Biografien um? Wir sprechen dazu mit Monika Paulat, Präsidentin des Landessozialgerichts a.D. und Präsidentin des Deutschen Sozialgerichtstages e.V. Sie war Mitglied der Haasenburg-Untersuchungskommission, die u. a. die Fachtagung anregte, die das MBJS im Juli zum Thema veranstaltet.

Welches sind aus Ihrer Sicht die Lehren aus dem Haasenburg-Skandal?

M. Paulat: Die Gesellschaft und die Politik müssen bereit sein wahrzunehmen und anzuerkennen, dass Kinder und Jugendliche „Grenzgänger“ sein können, die es gilt, in die Gesellschaft zu reintegrieren und sie nicht ihrem Schicksal zu überlassen. Eine humane Gesellschaft, einen sozialen Rechtsstaat zeichnet gerade aus, wie sie mit „Grenzgängern“ umgehen. Mir scheint, dass auf diesem Feld zu viel Ideologie, zu viele Interessen jenseits der Interessen der Kinder und Jugendlichen im Spiel sind.

Wo und bei wem sehen Sie den größten – und welchen – Handlungsbedarf?

M. Paulat: Im Bereich der Politik und der Verwaltung. Die Zulässigkeit und die Zulassung großer, immer weiter wachsender privat geführter, gewinnorientierter Einrichtungen sollten überdacht werden. Für fatal halte ich die Beratung einer Einrichtung und deren Kontrolle durch das Landesjugendamt in Personalunion. Das Auseinanderfallen von Konzepten und Realisierung wie bei der Haasenburg ist durch ein höhere Kontrolldichte und -tiefe durch Kontrolleure, die nicht gleichzeitig Berater sind, zu gewährleisten. Das setzt wiederum genügend und genügend qualifiziertes Personal in den Behörden voraus.

Handlungsbedarf besteht natürlich auch bei den Einrichtungen. Von ihnen muss erwartbar sein, dass sie im Führungsbereich und in der Linie Personal vorzuweisen haben, das mit Empathie, mit Herzblut und einer freundlichen Einstellung auch gegenüber sehr „schwierigen“ Betreuten an seine Aufgaben herangeht und sich stets am Kindeswohl orientiert. Die Führungskräfte müssen genügend selbstkritisch und an stetiger Verbesserung interessiert sein; sie müssen offen sein für den Vergleich mit anderen Einrichtungen, um im Sinne eines Benchmarking von anderen zu lernen –



die Haasenburg zeichnete sich nach den Feststellungen der Untersuchungskommission durch Abschottung aus.

Was muss bei der Fachtagung des MBJS herauskommen?

M. Paulat: Von der Fachtagung muss ein Signal, nein, noch mehr ein Fanal ausgehen dafür, dass die Entscheidungsträger die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen zukunftsfähiger, noch mehr am Wohl der Minderjährigen orientiert gestalten wollen und werden.



Monika Paulat

NICHT FÖRDERLICH

Sanierte Dorfkirchen, das deutsch-polnische Polizeitandem in der Grenzregion oder der umgestaltete Falkenseer Bahnhofsvorplatz: EU-Gelder sind immer dabei. Seit 1991 flossen etwa 10 Milliarden nach Brandenburg. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung der Region erhält das Land in der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 weniger EU-Mittel – insgesamt noch etwa 2,2 Milliarden Euro. Außerdem ändert sich der Anwendungsbereich. Während bisher Infrastrukturprojekte im Vordergrund standen, sind nun 80 Prozent der Gelder für Maßnahmen vorgesehen, welche die Wettbewerbsfähigkeit verbessern, Innovationen fördern oder den Ausstoß von Treibhausgasen mindern.



Die bündnisgrüne Fraktion sieht darin die Chance, die Kernbereiche Innovation, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Inklusion wirkungsvoll zu entwickeln. Doch die von der Landesregierung vorgelegten Programme bleiben weit hinter

den Möglichkeiten zurück. Es entsteht der Eindruck, dass Rot-Rot alte Programme nur unter neuen Namen fortführen will. Unter der Überschrift „Stärkung der ländlichen Räume“ konzentrieren sich die Regierungsfractionen wie eh und je auf die Agrar-Großbetriebe und halten an Investitionen in die Massentierhaltung fest – der Tierschutz dagegen bleibt außen vor.

Der Breitbandausbau ist löblich, geht aber ohne Not zulasten anderer sozialer und ökologischer Projekte. Leider verharrt die Regierung weitgehend in alten Förderstrukturen und nutzt die Chancen nicht, das Land in den nächsten 7 Jahren mit EU-Geldern sozial und ökologisch zu modernisieren.

Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender

MUSISCHE BILDUNG JETZT!

Die Brandenburger Musik- und Kunstschulen spielen eine entscheidende Rolle in der musisch-künstlerischen Ausbildung von Kindern und Jugendlichen. Flächendeckend bieten sie zu familienfreundlichen Preisen hoch qualitativen Musik- und Kunstunterricht. Obwohl die Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen sinken, bekommen die Musik- und Kunstschulen immer mehr Zulauf. Aber die Landesförderung bleibt auf dem Niveau von 2003, obwohl die Schülerzahlen von 25.000 auf 39.000 gestiegen sind und sich Personalkosten und Unterrichtsstundenzahl erhöhten. Der Anteil des Landes an der Gesamtfinanzierung der Schulen sank in den letzten 10 Jahren von 15 auf 9 Prozent – zu Lasten allein von Eltern und Kommunen. Es wird schwer, qualifizierte Lehrkräfte im Land zu halten. Trotz riesigen Bedarfs können Kooperationen mit Grundschulen, Kitas und Behinderteneinrichtungen nicht ausgebaut werden.

Um die Unterfinanzierung der musisch-kulturellen Bildung für Kinder im Land zu stoppen, starteten die Brandenburger Musik- und Kunstschulen deshalb die Volksinitiative „Musische Bildung jetzt“ und hoffen auf eine breite Unterstützung in allen Bevölkerungsschichten.



Thomas Falk, Sprecher der Volksinitiative (rechts) und Katja Bobsin (VDMK, 2.v.l.) mit Ursula Nonnemacher, Marie Luise von Halem und Axel Vogel (v. l. n. r.) von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die die Ziele der Volksinitiative mitträgt und entsprechende Anträge in den Landtag einbrachte

GESTERN SCHON AN MORGEN DENKEN

Verkürzte Arbeitszeit und schnelle Verbeamtung – damit hatte das Bildungsministerium deutschlandweit um LehrerInnen geworben. Daraufhin gingen 6.000 Bewerbungen ein. Ob sie auf die freien Stellen passen, muss schnell ermittelt werden. Denn: Nach den Ferien fehlen rund 1.000 Lehrkräfte. Gebraucht werden sie vor allem in Grund- und Oberschulen, weniger in Gymnasien. Auch der künftige Schulstandort muss passen. Es darf nicht erneut ein Personalkarussell geben, bei dem Lehrkräfte in die Peripherie versetzt werden, um AnwerberInnen attraktive Standorte anzubieten.

Bis 2020 braucht das Land jedes Jahr durchschnittlich 600 neue LehrerInnen. Die 450 AbsolventInnen, welche die hiesigen Hochschulen jährlich verlassen, werden die Lücke nicht schließen. Der Mangel ist spätestens seit unserem Fraktionsgutachten von 2011 bekannt. Doch die Regierung hat zu wenig unternommen. Schon längst hätte sie unserem Antrag folgen und gemeinsam mit Schulen und Kommunen erarbeiten müssen, wie jetzt schon mehr junge Menschen für den LehrerInnenberuf begeistert werden können.

Denn künftig wird es schwerer werden, PädagogInnen hierher (zurück) zu holen – auch wegen der vergleichsweise schlechteren Bezahlung. Erst recht, wenn die Regierung weiterhin die „demografische Rendite“ verspielt: Sie strich in der Legislaturperiode über 60 Millionen Euro – ohne die Ausweitung des Pilotprojekts „inklusive Schule“ und den Ausgleich des tariflich reduzierten Stundenkontingents der Lehrkräfte zu berücksichtigen.

Marie Luise von Halem,
Bildungspolitische Sprecherin

September 2009 bis September 2014: Die grüne Bilanz der Legislaturperiode. Zu lesen und zu bestellen unter:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/publikationen.

Da gibts auch alle Gutachten und brandGRÜNs.



© Herta Müller aus DIE ORANGE REIHE Mixed Media
© GUDRUN BOJAR

STARKE FRAUEN, DIE SCHREIBEN. DIE ORANGE REIHE. GUDRUN BOJAR

Unsere Ausstellung im grünen Fraktionssaal 2.070 zeigt auf Leinwand gemalte, großformatige Porträts großer Autorinnen aus Vergangenheit und Gegenwart: Brigitte Reimann, Christa Wolf, Herta Müller, Else Lasker-Schüler, Sarah Kirsch, Doris Liebermann.



IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. 0331 – 9661701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arlinger
Redaktion: Alena Müller, Frauke Zelt
Alle Bilder ohne Angabe: Fraktion
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



IM BRANDENBURGER LANDTAG

brandGRÜN online – als Newsletter bestellen unter:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/newsletter